Hildesheimer Allgemeine Zeitung vom 06.11.2018, S.18

Lies zum Thema Kali: „Zeit für Entscheidung ist jetzt reif“

Land weist Kreis an, bei Salzwasser-Einleitung Einvernehmen zu erteilen

„Wir haben uns das nicht leicht gemacht“: Niedersachsens Umweltminister Olaf Lies gestern beim Interview mit der HAZ. FOTO: CHRIS GOSSMANN

Von Tarek Abu Ajamieh

Giesen/Kreis Hildesheim. Der niedersächsische Umweltminister Olaf Lies (SPD) hat den Landkreis Hildesheim angewiesen, sein Einvernehmen zur Salzwasser-Einleitung in die Innerste im Rahmen des geplanten Neustarts des Giesener Kali-Bergwerks zu erteilen. Das erklärte er gestern bei einem Gespräch mit der HAZ. Damit wird der Weg für die Genehmigung der Wiederinbetriebnahme insgesamt frei.

Ein gemeinsames Okay von Bergamt und Landkreis zur von K+S geplanten Salzwasser-Einleitung ist eine der Voraussetzungen dafür, dass das Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG) den Bergwerks-Neustart insgesamt genehmigen kann. Der Kreistag hatte der Kreisverwaltung das letzte Wort über dieses Einvernehmen entzogen. Im Sommer hatte das Land dem Landkreis erstmals eine Frist gesetzt, der Kreistag ließ diese jedoch unter Verweis auf aus seiner Sicht ungeklärte Fragen verstreichen.

Dabei verwies die Kreistags-Mehrheit von SPD und CDU auf ein Fachgutachten, das der Landkreis bei der Berliner Fachanwalts-Kanzlei de Witt in Auftrag gegeben hatte und das die Einschätzung der Kreistags-Mehrheit stützte, das Thema sei für eine Entscheidung noch nicht reif. Umweltminister Olaf Lies sieht das allerdings anders – und erklärt im HAZ-Interview seine Position:

Herr Lies, Sie haben den Landkreis gestern angewiesen, sein Einvernehmen zur Salzwasser-Einleitung zu erteilen, obwohl die deutliche Mehrheit der gewählten Kreistags-Abgeordneten noch offene Fragen sieht – auf Basis des Gutachtens einer renommierten Fachanwalts-Kanzlei. Warum?
Weil die fachlichen Grundlagen, um eine Entscheidung treffen zu können, alle da sind. Wir haben uns mit dem Gutachten auch intensiv befasst, kommen aber zu einer anderen Einschätzung. Deshalb habe ich den Landkreis angewiesen, bis zum 20. November das Einvernehmen zu erteilen. Und ich erwarte auch, dass das passiert.

Und wenn nicht?
Davon gehe ich nicht aus.

Warum nicht?
Zum einen, weil ich es für selbstverständlich halte, dass eine nachgeordnete untere Wasserbehörde einer fachaufsichtlichen Weisung der obersten Wasserbehörde folgt. Zum anderen, weil zusätzliche Bedingungen und Auflagen für K+S geplant sind und wir in den vergangenen Monaten immer wieder viele Aspekte rund um das Kali-Bergwerk diskutiert haben. Einige davon gehören aber schlicht nicht in den Teil des Verfahrens, um den es hier konkret geht ...

... welche denn?
Zum Beispiel die Frage der Grundwasser-Versalzung durch den bestehenden Kaliberg. Es ist überhaupt keine Frage, dass wir uns darum kümmern müssen, weil dort Maßnahmen nötig sind zum Schutz des Grundwassers. Das gilt aber unabhängig von einem Neustart des Bergwerks und dessen Genehmigung. Das müssten wir sowieso tun.

Das soll ja so laufen, dass K+S eine Gefährdungsabschätzung erstellen soll. Dass der Verursacher sagen soll, wie gefährlich ein von ihm verursachtes Problem ist, wirkt komisch.
Nein, überhaupt nicht. Es ist gängige Praxis, dass nicht der Staat und damit der Steuerzahler, sondern der Betreiber in die Pflicht genommen wird. Das heißt, K+S ist dafür verantwortlich, ein Gutachten in Auftrag zu geben und dieses auch zu bezahlen. Welche Konsequenzen daraus gezogen werden, also welche Maßnahmen dann nötig sind, entscheidet dann aber nicht K+S, sondern wir. K+S muss das dann umsetzen und bezahlen. Aber noch einmal: Aus unserer Sicht hat das mit dem Genehmigungsverfahren für den Neustart des Bergwerks nichts zu tun.

Sie sprachen auch von zusätzlichen Auflagen und Bedingungen.
Genau. Zwischendurch gab es ja einmal den Vorschlag, bestimmte Dinge über Verträge mit K+S zu regeln. Darüber gehen wir jetzt sogar hinaus. Verträge kann man auch wieder kündigen. Wir planen Auflagen und Bedingungen, die im Planfeststellungsbeschluss zur Genehmigung enthalten sind, das ist dann noch verbindlicher und hat noch mehr Gewicht.

Zum Beispiel?
Alle fünf Jahre muss überprüft werden, ob die Aufhaldung noch Stand der Technik ist und K+S muss nach 25 Jahren ein Konzept für die Abdeckung der Althalde vorlegen ...

... das wird der Kreistags-Mehrheit kaum genügen. Sie fordert ein Konzept und auch den Beginn der Abdeckung selbst deutlich früher.
Das will ich nicht abstreiten. Aber wir sehen für die Wasserqualität der Innerste nicht die Notwendigkeit, die Althalde sofort abzudecken.

Wieso?
Das Haldenwasser soll ja abgefangen und für die Produktion im geplanten neuen Werk genutzt werden. Es würde also gar nicht mehr in der Innerste landen. Dadurch käme ja auch die vorgesehene deutliche Reduzierung der Salzwasser-Einleitung mit Beginn des Betriebs im wieder eröffneten Bergwerk zustande. Aber ich glaube, ein anderer Punkt ist noch wichtiger.

Welcher?
Wir wollen es zur Auflage für K+S machen, dass das Unternehmen alle fünf Jahre neu nachweisen muss, dass die Aufhaldung der Abbau-Rückstände, sprich das Aufschichten eines zweiten Kalibergs, noch dem Stand der Technik entspricht. Ich glaube, dass das ein großer politischer Erfolg für den Hildesheimer Kreistag ist. Denn in den vielen Gesprächen, die ich mit den Fraktionschefs und Abgeordneten hatte, hatte ich den Eindruck, dass der zweite Kaliberg ihre größte Sorge ist, dass sie den gern vermeiden wollen.

Was ihnen nun nicht gelingt.
Nein, das nicht. Aktuell ist die Aufhaldung aus unserer Sicht Stand der Technik. Aber wir genehmigen sie trotzdem nicht, salopp gesagt, für die nächsten 50 Jahre. Sondern wir fordern alle fünf Jahre einen Nachweis, dass es anders nicht geht. Und der wird jedes Mal schwieriger zu erbringen sein. Das ist auch ein ganz wesentlicher Punkt, warum ich glaube, dass der Kreis unserer Weisung folgt – oder sogar doch noch einen eigenständigen Beschluss fasst, das Einvernehmen zu erteilen. Das wäre natürlich am besten.

Und wenn der Landkreis sich Ihrer Weisung verweigert?
Dann müssen wir das Innenministerium als Kommunalaufsicht einschalten. Aber noch mal: Ich gehe davon aus, dass es so weit nicht kommen wird. Wir haben uns die Entscheidung ja alles andere als leicht gemacht, immer wieder Gespräche geführt, immer neue Aspekte berücksichtigt, bewertet, abgewogen. So eine Weisung erteilt man ja nicht leichtfertig. Das ist auch für ein Ministerium in dieser Form kein alltäglicher Vorgang.

Fürchten Sie, dass der Landkreis gegen Ihre Weisung klagt? Oder dass K+S geklagt hätte, wenn es jetzt nicht vorangeht?
Nein. Aber selbst wenn – das kann kein Kriterium für unsere Entscheidung sein.

Befürworter des Kaliwerks werfen der Kreistags-Mehrheit und besonders den Fraktionschefs Klaus Bruer und Friedhelm Prior vor, sich Kompetenzen anzumaßen, die sie nicht haben, den Neustart des Kaliwerks bewusst zu verzögern oder ihn sogar verhindern zu wollen. Welchen Eindruck hatten Sie in den vielen Gesprächen?
Ich glaube das überhaupt nicht. Ich habe zwei sehr engagierte Kreistags-Abgeordnete erlebt, die sich im Ehrenamt in enormer Tiefe in ein für ihren Landkreis sehr wichtiges Thema eingearbeitet haben. Ich bin selbst nach wie vor Kreistags-Abgeordneter und weiß, dass das nicht selbstverständlich ist. Es hat die Diskussion schwerer gemacht, aber trotzdem schätze ich diesen Einsatz sehr, weil es unsere Gesellschaft auch ausmacht, dass Ehrenamtliche kritisch hinterfragen, was Behörden und Unternehmen tun.

Trotzdem ist nun Schluss.
Das ändert aber nichts an meiner Wertschätzung, und der Kreistag hat ja einiges erreicht. Die Gespräche haben auch mir sehr geholfen, die Situation einzuschätzen. Ich glaube aber auch, dass zur wasserrechtlichen Genehmigung jetzt alles gesagt wurde, das Thema ausdiskutiert ist. Wir haben der Diskussion bewusst viel Zeit und Raum gegeben, gerade aufgrund der Qualität der Beiträge und Einwände aus dem Kreistag. Wir haben niemanden überrollt und einen intensiven Dialog geführt. Das wird sich auch in den Auflagen und Bedingungen zur Genehmigung zeigen. Aber auf der anderen Seite soll so ein Verfahren auch möglichst zügig laufen. Jetzt sind wir an einem Punkt, wo das Einvernehmen erteilt werden kann und muss.

In der Debatte um das Kaliwerk zeigt sich auf lokaler Ebene eine der großen Fragen unserer Zeit – wie lassen sich Wirtschaft und Umwelt möglichst gut in Einklang bringen? Bundesweit ist die Debatte inzwischen extrem polarisiert, wie sich beim Hambacher Forst oder in der Diesel-Frage zeigt. Sie waren Wirtschafts- und sind jetzt Umweltminister. Wie lassen sich Ökonomie und Ökologie versöhnen?
Mir geht es immer um eine Versachlichung der Debatte. Aber das ist schwieriger geworden…

... warum?
Weil immer mehr Menschen immer mehr – teils widersprechende – Informationen haben und es zugleich die Tendenz gibt, alles möglichst schnell, kurz und griffig zu formulieren. Nötig ist, sich gerade mit solchen grundsätzlichen Themen in der nötigen Tiefe auseinanderzusetzen. Auch deshalb dauert das Verfahren um das Giesener Kaliwerk so lange, aber ich finde es auch berechtigt, sich so lange damit zu beschäftigen. Denn was am Ende passiert, ist ja keine politische Willkür, sondern eben die Abwägung aller Aspekte. Das ist umso wichtiger, als ich mit Sorge sehe, wie das Vertrauen nicht nur in die Politik, sondern auch in öffentliche Verwaltungen, in die Rechtsstaatlichkeit erodiert. Ich hoffe, dass alle an diesem Verfahren Beteiligten einen kleinen Beitrag geleistet haben, Vertrauen zu erhalten.